

01/2017

**ZU KURZ GEDACHT!****„ERST ERWIRTSCHAFTEN, DANN VERTEILEN“**

**Wer glaubt, die Frage der Verteilung des Volkseinkommens sei weniger wichtig als die Frage seiner Erwirtschaftung, der irrt. Vielmehr gilt: Die Verteilung ist ebenso wichtig, denn sie nimmt selber einen entscheidenden Einfluss auf das Erwirtschaften.**

Immer wieder wird in der öffentlichen Debatte das Argument vorgebracht, dass das Volkseinkommen erst erwirtschaftet werden müsse, bevor es verteilt werden kann. Damit geht typischerweise die Forderung einher, dass sich die Arbeitnehmer\_innen zunächst in Lohnzurückhaltung üben sollten, um die Unternehmen nicht mit höheren Kosten zu belasten. Auch der Staat solle auf Markteingriffe und höhere Steuern, insbesondere auf hohe Einkommen und Unternehmensgewinne, verzichten, um die Leistungs- und Investitionsanreize nicht zu verzerren. Nur wenn sich die Marktkräfte frei und effizient entfalten können, könne mehr investiert und ein höheres Sozialprodukt erwirtschaftet werden (Markteffizienztheorie). Von dem dann größeren gesamtwirtschaftlichen „Kuchen“ bzw. höheren Volkseinkommen würden anschließend alle, insbesondere auch die unteren und mittleren Einkommensschichten, quasi automatisch im Zuge nachträglich steigender Löhne profitieren (Trickle-down-Effekt). Hält diese Argumentation einer genaueren Betrachtung tatsächlich stand?

**LÄNGERFRISTIG KANN MAN NUR VERTEILEN, WAS ERWIRTSCHAFTET WIRD**

Richtig an obiger Argumentation ist, dass ein höheres Volkseinkommen längerfristig betrachtet nur durch produktiveres Wirtschaften entsteht. In Deutschland und anderen entwickelten Volkswirtschaften basiert das heute erreichte Wohlstandsniveau wesentlich auf den Innovationen und den damit einhergehenden Produktivitätsgewinnen, die seit Beginn der industriellen Revolution erzielt worden sind. Dabei gilt folgender Zusammenhang: Geht man von einem konstanten Arbeitsinsatz aus, dann führt ein Wachstum der Arbeitsproduktivität von einem Prozent pro Jahr zu einer Verdopplung des Wohlstands bzw. des Pro-Kopf-Einkommens ca. alle 70 Jahre. Erhöht sich das Wachstum der Arbeitsproduktivität auf zwei Prozent pro Jahr, dann verdoppelt sich der Wohlstand bzw. das Pro-Kopf-Einkommen bereits ca. alle 35 Jahre. Ein möglichst hoher Produktivitätsfortschritt stellt insofern ein wichtiges Zwischenziel der Wirtschaftspolitik dar. Allerdings sollten die Produktivitätsgewinne nicht mit negativen externen Effekten verbunden sein, also z. B. nicht auf Kosten der Arbeitsbedingungen oder der Umwelt erzielt werden.

Ebenfalls richtig an obiger Argumentation ist, dass längerfristig betrachtet nur das erwirtschaftete Volkseinkommen verteilt werden kann. Der in einer Volkswirtschaft zur Verfügung stehende Verteilungsspielraum ergibt sich aus dem mittelfristigen gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritt zuzüglich der Zielinflationsrate der Zentralbank. Geht man beispielsweise für Deutschland von einem mittelfristigen gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritt von einem Prozent pro Jahr aus, dann ergibt sich in Kombination mit der Zielinflationsrate der Europäischen Zentralbank von (nahe

zwei Prozent ein Verteilungsspielraum in Höhe von (rund) drei Prozent. Die Nominallöhne (und die Gewinne) können also unter diesen Gegebenheiten um drei Prozent pro Jahr steigen, ohne dass das zu einer Verletzung des Inflationsziels führt; sie sollten es auch, sollen sich die Verteilungsrelationen zwischen den Lohneinkommens- und den Gewinneinkommensbezieher\_innen nicht verschieben.

**VERTEILT WIRD IMMER, DIE FRAGE IST NUR: WIE BZW. AN WEN?**

Tatsächlich aber sind die Nominallöhne in Deutschland in den letzten Jahren bzw. Jahrzehnten im Zuge der lange Zeit praktizierten Lohnzurückhaltung zumeist langsamer als der mittelfristige gesamtwirtschaftliche Produktivitätsfortschritt zuzüglich der Zielinflationsrate der Zentralbank gestiegen. Die Nichtauschöpfung des Verteilungsspielraums durch die Arbeitnehmer\_innenseite spiegelt sich in einer seit längerem sinkenden Lohnquote und einer steigenden Gewinnquote wider. Folglich hat sich die funktionale Einkommensverteilung in den letzten Jahren bzw. Jahrzehnten deutlich zugunsten der Lohneinkommens- und zugunsten der Gewinneinkommensbezieher\_innen verschoben. Besonders rasant war diese Entwicklung in Deutschland ab Ende der 1990er Jahre bis ca. Mitte der 2000er Jahre auch im internationalen Vergleich.

Indikatoren für die personelle Einkommensverteilung zeigen zudem, dass sich die Einkommensungleichheit zwischen den verschiedenen Einkommensschichten in Deutschland in den letzten Jahren bzw. Jahrzehnten ebenfalls signifikant erhöht hat, wobei auch hier eine besonders starke Zunahme ab Ende der 1990er Jahre bis ca. Mitte der 2000er Jahre festzustellen ist. In den letzten Jahren ist die Einkommensungleichheit zwar nicht weiter angestiegen, sie verharrt aber weiterhin auf einem relativ hohen Niveau. Vor allem die oberen 10 Prozent der Einkommensbezieher\_innen konnten in der Vergangenheit deutliche Einkommenszuwächse realisieren, während die darunter liegenden 90 Prozent weitaus weniger bis gar nicht vom zunehmenden Wohlstand profitiert haben. All diese Entwicklungen zeigen, dass anders als der in obiger Argumentation postulierte Trickle-down-Effekt offensichtlich nicht (mehr) funktioniert, denn das, was zusätzlich erwirtschaftet wurde, wurde nicht bzw. kaum mehr an die breite Masse der Arbeitnehmer\_innen verteilt.

&gt;

## ES GILT AUCH: DIE VERTEILUNG BEEINFLUSST DAS ERWIRTSCHAFTEN

Auch lässt sich anders als in obiger Argumentation behauptet nicht bestätigen, dass die zunehmende Umverteilung „von unten nach oben“ zu mehr Investitionen und mehr Wachstum in Deutschland geführt hat. Ganz im Gegenteil: Rückblickend betrachtet sind die Wachstumsraten des Sozialprodukts in Deutschland in den letzten Jahren bzw. Jahrzehnten auch im internationalen Vergleich zumeist nicht sehr hoch ausgefallen. Zudem zeigt sich sowohl im privaten als auch im öffentlichen Sektor seit geraumer Zeit eine ausgeprägte Investitionsschwäche, die sich schon seit längerem in einer deutlichen Verlangsamung des gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritts niederschlägt. Hält diese Entwicklung weiterhin an, dann stellt dies eine nicht zu unterschätzende Bedrohung für die zukünftige Wohlstandsentwicklung in Deutschland dar.

Nicht nur der gesunde Menschenverstand, sondern auch theoretische Überlegungen wie auch neuere empirische Untersuchungen sprechen dafür, dass die zunehmende Umverteilung zulasten der Lohninkommen breiter Bevölkerungsschichten die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland (und anderen Ländern) in den vergangenen Jahrzehnten negativ beeinflusst hat. Nachfrageseitig schwächt die steigende Einkommensungleichheit aufgrund der höheren Konsumneigung der unteren und mittleren Einkommensschichten die Konsumnachfrage der privaten Haushalte und in der Folge auch die Investitionsnachfrage der Unternehmen. Angebotsseitig belastet sie die Erwirtschaftung des Sozialprodukts, da z. B. die privaten Haushalte in der unteren Hälfte der Einkommensverteilung nicht bzw. kaum in der Lage sind, selber mehr in Bildung und Gesundheit zu investieren, was sich gesamtwirtschaftlich negativ auf die Humankapitalbildung, die Innovationsfähigkeit und das Produktivitätswachstum auswirkt. Letztlich hat auch die globale Finanz- und Wirtschaftskrise der Jahre 2007ff. deutlich gezeigt, dass eine zunehmend ungleiche Einkommensverteilung kein stabiles Fundament für einen starken und nachhaltigen Wachstumsprozess darstellt.

## AUCH DER STAAT TRÄGT WESENTLICH ZUM ERWIRTSCHAFTEN BEI

Die Verteilung nimmt also anders als es in obiger Argumentation zum Ausdruck kommt einen wesentlichen Einfluss auf das Erwirtschaften. In der gegenwärtigen Situation wären daher in Deutschland höhere Lohnabschlüsse nicht bloß eine zusätzliche Wohltat, die man sich erst leisten können muss, sondern eine entscheidende Voraussetzung für ein stärkeres und stabileres Nachfrage-, Produktivitäts- und Wirtschaftswachstum. Ebenso wichtig wären steuerpolitische Maßnahmen zur Umverteilung des Volkseinkommens „von oben nach unten“, z. B. eine progressivere Besteuerung von hohen (leistungslosen) Einkommen aus Vermögen und Erbschaften oder auch ein stärkerer Kampf gegen Steuervermeidung und Steuerhinterziehung. Sowohl die Sozialpartner, die über die Höhe der Lohnsteigerungen die Primärverteilung maßgeblich bestimmen, als auch der Staat, der über die Arbeitsmarkt- und Wettbewerbspolitik ebenfalls auf die Primärverteilung einwirkt und über die Steuer- und Abgabenpolitik die Sekundärverteilung

gestaltet, können folglich den gesamtwirtschaftlichen Entwicklungsprozess entscheidend beeinflussen.

Mehr noch: Der Staat ist nicht bloß ein Umverteiler dessen, was im privaten Sektor erwirtschaftet wird, wie obige Argumentation ebenfalls suggeriert. Er steht vielmehr in einer engen Symbiose mit den privaten Märkten und trägt u. a. durch die Bereitstellung öffentlicher Güter wesentlich zum Funktionieren des komplexen arbeitsteiligen Wirtschaftssystems bei. Mit seinen öffentlichen Investitionen in die ökonomische, technologische und soziale Infrastruktur, aber auch mit seinen sonstigen Maßnahmen im Bereich der Arbeitsmarkt-, Bildungs-, Forschungs-, Familien-, Gesundheits- und Pflegepolitik leistet er eigene wichtige Beiträge zum gesamtwirtschaftlichen Nachfrage-, Produktivitäts- und Wirtschaftswachstum. Die finanzielle Ressourcenausstattung des Staates bestimmt daher ebenfalls entscheidend mit über die Höhe des Volkseinkommens wie auch über die Zusammensetzung der den privaten Haushalten zur Verfügung stehenden Güterstruktur.

## VERTEILUNGSFRAGEN MÜSSEN IM ZENTRUM DER WIRTSCHAFTSPOLITIK STEHEN

Insgesamt gesehen wird daher mit der Verteilung des Volkseinkommens nicht ein sekundärer Sachverhalt geregelt, sondern die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und Stabilität der Volkswirtschaft entscheidend mitbestimmt. Die Verteilung ist ebenso wichtig wie der Prozess des Erwirtschaftens selbst. Das Erwirtschaften geht dem Verteilen nicht einfach zeitlich voraus, wie das in obiger Argumentation suggeriert wird. Vielmehr sind die Entstehung und die Verteilung simultane und einander bedingende Prozesse. Sie sind quasi zwei Seiten ein und derselben Medaille. Verteilungsfragen müssen daher stets mit im Zentrum der Wirtschaftspolitik stehen.

### Autoren

**Dr. Andrä Gärber** ist Leiter der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung.

**Markus Schreyer** ist Referent in der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung.

### Impressum

© 2017

**Friedrich-Ebert-Stiftung**

Herausgeber: Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik

Godesberger Allee 149, 53175 Bonn

Fax 0228 883 9205, [www.fes.de/wiso](http://www.fes.de/wiso)

Für diese Publikation ist in der FES verantwortlich:

Markus Schreyer, Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik

Bestellungen/Kontakt: [wiso-argumente@fes.de](mailto:wiso-argumente@fes.de)

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung. Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.